

Az.: 8 U 260/22  
8 O 54/21 LG Heidelberg



## Oberlandesgericht Karlsruhe

### Protokoll

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Oberlandesgerichts Karlsruhe, 8. Zivilsenat, am  
Montag, 12.05.2025 in Karlsruhe

**Gegenwärtig:**

Richter am Oberlandesgericht Dr. Schütter  
als Einzelrichter

Von der Zuziehung eines Protokollführers gem. § 159 Abs. 1 ZPO wurde abgesehen.

In Sachen

■■■■■■ ./. Volkswagen AG  
wg. Schadensersatzes

erscheinen bei Aufruf der Sache:

- Niemand -

Der Einzelrichter verkündet

folgendes

### Urteil

unter Bezugnahme auf den Urteilstenor gemäß § 311 ZPO

Dr. Schütter  
Richter am Oberlandesgericht

Aktenzeichen:  
8 U 260/22  
8 O 54/21 LG Heidelberg



Oberlandesgericht Karlsruhe  
8. ZIVILSENAT

**Im Namen des Volkes**

**Urteil**

In dem Rechtsstreit

[REDACTED]

- Kläger und Berufungskläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Gansel Rechtsanwälte**, Wallstraße 59, 10179 Berlin, Gz.: 128412-[REDACTED]

gegen

**Volkswagen AG**, vertreten durch d. Vorstand, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg

- Beklagte und Berufungsbeklagte -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Caemmerer Lenz**, Douglasstraße 11-15, 76133 Karlsruhe, Gz.: [REDACTED]

wegen Schadensersatzes

hat das Oberlandesgericht Karlsruhe - 8. Zivilsenat - durch den Richter am Oberlandesgericht Dr. Schütter als Einzelrichter aufgrund des Sachstands vom 09.04.2025 für Recht erkannt:

1. Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Landgerichts Heidelberg vom 27.05.2022, Az. 8 O 54/21, unter Zurückweisung des weitergehenden Rechtsmittels und Aufhebung im Kostenpunkt wie folgt abgeändert:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 752,61 € zuzüglich Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 10.12.2021 zu zahlen.

2. Der Kläger hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.
4. Die Revision gegen dieses Urteil wird nicht zugelassen.

## Beschluss

Der Streitwert wird für das Berufungsverfahren auf 42.355,38 € festgesetzt.

## Gründe:

- ohne Sachverhaltsdarstellung gemäß §§ 540 Abs. 2, 313 Abs. 1 Satz 1 ZPO -

Die Berufung ist zulässig und in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet. Die Klagepartei hat gegen die Beklagte Anspruch auf Ersatz eines Differenzschadens in Höhe von 752,61 € nebst Prozesszinsen.

1. Die Klagepartei hat zuletzt hinsichtlich des streitgegenständlichen Pkw T 6 Multivan 2.0 TDI 4 Motion mit dem von der Beklagten hergestellten und in Verkehr gebrachten Dieselmotor der Schadstoffklasse EU 6 vom Typ EA 288 nur noch den Differenzschaden beansprucht und den ursprünglich geltend gemachten Anspruch gemäß §§ 826, 31 BGB nicht mehr verfolgt.
2. Mit dem zuletzt gestellten Antrag hat die Berufung teilweise Erfolg. Die Klagepartei hat gegen die Beklagte gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV Anspruch auf Ersatz eines Differenzschadens in Höhe von 752,61 €.
  - a) Die erstmalige Geltendmachung des Differenzschadens im Berufungsverfahren wegen der Erteilung einer unzutreffenden Übereinstimmungsbescheinigung ist zulässig (vgl. Senat, Urteil vom 28. November 2023 - 8 U 291/21, juris Rn. 19 ff.).
  - b) Der Käufer eines mit einer unzulässigen Abschalteneinrichtung versehenen Kraftfahrzeugs fällt - unionsrechtlich vorgegeben - in den persönlichen Schutzbereich der § 6 Abs. 1 und

§ 27 Abs. 1 EG-FGV in Verbindung mit Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 21). Das Unionsrecht verlangt indes nicht, den Käufer eines mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung versehenen Kraftfahrzeugs so zu stellen, als habe er den Kaufvertrag nicht abgeschlossen, also das Interesse auf Rückabwicklung des Kaufvertrags in den sachlichen Schutzbereich der § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV einzubeziehen, sondern nur den Ersatz des Schadens in Höhe des Betrags, um den der Käufer das Fahrzeug mit Rücksicht auf die mit der unzulässigen Abschaltvorrichtung verbundenen Risiken zu teuer erworben hat (Differenzschaden; vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023, aaO, Rn. 22, 32, 40). Der Differenzschaden ist nach § 287 Abs. 1 ZPO unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung zu schätzen. Nach den Vorgaben des Unionsrechts ist das Schätzungsermessen innerhalb einer Bandbreite zwischen 5 % und 15 % des gezahlten Kaufpreises rechtlich begrenzt (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023, aaO, Rn. 72 f.).

- c) Die Anspruchsvoraussetzungen des § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV sind erfüllt. Die Beklagte hat eine unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung erteilt, weil das streitgegenständliche Fahrzeug mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ausgerüstet ist. Hierbei hat die Beklagte schuldhaft gehandelt.

aa) Die Beklagte hat eine unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung erteilt, da das Fahrzeug eine unzulässige Abschaltvorrichtung in Gestalt einer umgebungsdruckabhängigen Anpassung der Abgasrückführung aufweist. Diese bewirkt - wie dem Senat aus einer Vielzahl anderer Verfahren bekannt und im Termin erörtert -, dass die Abgasrückführungsrate jedenfalls ab einer Höhe von jedenfalls 800/1.000 m reduziert wird (sogenannte Abgampfung) und dadurch Einfluss auf das Emissionsverhalten des Fahrzeugs nimmt.

- (1) Eine Übereinstimmungsbescheinigung ist unzutreffend, wenn das betreffende Kraftfahrzeug mit einer gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 unzulässigen Abschaltvorrichtung ausgerüstet ist, weil die Bescheinigung dann eine tatsächlich nicht gegebene Übereinstimmung des konkreten Kraftfahrzeugs mit Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ausweist (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 34).

- (2) In dem Fahrzeug kommt eine umgebungsdruckabhängige Anpassung der Abgasrück-

führung zum Einsatz. Diese bewirkt, dass die Abgasrückführungsrate jedenfalls ab einer Höhe von 800/1.000 m reduziert wird (sogenannte Abrampung) und dadurch Einfluss auf das Emissionsverhalten des Fahrzeugs nimmt. Hierbei handelt es sich um eine unzulässige Abschaltvorrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 Satz 1, Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) 715/2007. Es ist davon auszugehen, dass die Nutzung von Fahrzeugen in Höhen von über 800/1.000 m über dem Meeresspiegel zu den im Unionsgebiet üblichen Bedingungen im Sinne von Art. 5 Abs. 1 der Verordnung (EG) 715/2007 gehört (Senat, Urteil vom 12. März 2024 - 8 U 397/22, juris Rn. 28 ff). Die Funktion ist auch nicht notwendig, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen und um den sicheren Betrieb des Fahrzeugs zu gewährleisten. Es liegt keine der in Art. 5 Abs. 2 Satz 2 lit. a bis c der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 normierten Ausnahmen vor (vgl. Senat, Urteil vom 12. März 2024, aaO, Rn. 40).

bb) Der Verstoß der Beklagten gegen § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV durch die Erteilung einer unzutreffenden Übereinstimmungsbescheinigung ist schuldhaft erfolgt.

Die Beklagte hat die aus der Schutzgesetzverletzung folgende Verschuldensvermutung (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245, Rn. 59) weder ausgeräumt noch einen unvermeidbaren Verbotsirrtum konkret dargelegt. Dazu muss der Fahrzeughersteller darlegen und beweisen, dass sich sämtliche seiner verfassungsmäßig berufenen Vertreter im Sinne des § 31 BGB über die Rechtmäßigkeit der vom Käufer dargelegten und erforderlichenfalls nachgewiesenen Abschaltvorrichtung mit allen für die Prüfung nach Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 bedeutsamen Einzelheiten im maßgeblichen Zeitpunkt im Irrtum befanden oder im Falle einer Ressortaufteilung den damit verbundenen Pflichten genügten (vgl. BGH, Urteil vom 25. September 2023 - VIa ZR 1/23 NJW 2023, 3796 Rn. 14; Senat, Urteil vom 3. November 2023 - 8 U 104/21, juris Rn. 48 f.).

Die Beklagte hat zu einem Irrtum ihrer verfassungsmäßig berufenen Vertreter keinen Vortrag gehalten. Da es somit schon an der konkreten Darlegung eines Verbotsirrtums fehlt, kommt es nicht mehr darauf an, ob dieser unvermeidbar gewesen wäre oder ob sich die Beklagte auf eine hypothetische Genehmigung berufen könnte (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 65). Dass sie bereits vor dem maßgebli-

chen Zeitpunkt des Fahrzeugerwerbs der Klagepartei dem KBA die Softwarefunktion konkret dargelegt hätte, zeigt die Beklagte nicht auf.

- d) Durch den schuldhaften Verstoß der Beklagten gegen § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV hat die Klagepartei einen Vermögensschaden in Höhe von 6.880 € erlitten.

aa) Wie bereits ausgeführt, hat die Klagepartei einen Schaden in Höhe des Betrags erlitten, um den er das Fahrzeug mit Rücksicht auf die mit der unzulässigen Abschalteneinrichtung verbundenen Risiken zu teuer erworben hat.

Zur Erwerbskausalität kann sich die Klagepartei nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV auf den Erfahrungssatz stützen, dass er den Kaufvertrag zu diesem Kaufpreis nicht geschlossen hätte. Für die Anwendung eines solchen Erfahrungssatzes ist nicht von Bedeutung, ob ihr beim Erwerb des Fahrzeugs die von der Beklagten ausgegebene unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung vorgelegen und ob er von deren Inhalt Kenntnis genommen hat. Auch ohne Kenntnisnahme der vom Fahrzeughersteller ausgegebenen Übereinstimmungsbescheinigung geht der Käufer typischerweise davon aus, dass der Hersteller für das erworbene Fahrzeug eine Übereinstimmungsbescheinigung ausgegeben hat und dass diese die gesetzlich vorgesehene Übereinstimmung mit allen maßgebenden Rechtsakten richtig ausweist (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 55 f.).

Umstände, die diesen Erfahrungssatz widerlegen, sind im Streitfall weder dargetan noch sonst ersichtlich. Insbesondere hat die Beklagte nicht dargelegt, dass sie die Ausrüstung des Fahrzeugs mit einer unzulässigen Abschalteneinrichtung in einer Art und Weise bekannt gegeben hat, die einem objektiven Dritten die mit dem Kauf des Fahrzeugs verbundenen Risiken verdeutlichen muss (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 32). Die Beklagte vertritt im Gegenteil die Auffassung, dass die beschriebene Reduzierung der Abgasrückführung keine unzulässige Abschalteneinrichtung sei und keine Stilllegung des Fahrzeugs drohe.

bb) Der Differenzschaden beläuft sich auf 6.880 €.

(1) Der Senat schätzt die Höhe des der Klagepartei entstandenen Vermögensschadens

gemäß § 287 ZPO unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles innerhalb der unionsrechtlich vorgegebenen Bandbreite (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn. 71 ff.) wie bei einem als unzulässige Abschalteneinrichtung zu bewertenden Thermofenster (vgl. Senat, Urteil vom 22. August 2023 - 8 U 271/21, juris Rn. 77) mit 10% des gezahlten Kaufpreises. Der Senat geht davon aus, dass der objektive Wert des Fahrzeugs durch das mit der Abschalteneinrichtung verbundene Risiko der Betriebsstilllegung in diesem Umfang gemindert ist. Die Höhe des entstandenen Differenzschadens ist einer tatrichterlichen Schätzung nach § 287 ZPO zugänglich. Unter Berücksichtigung der maßgeblichen Umstände (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023, aaO, Rn. 76 f.) handelt es sich in jeder Hinsicht, sowohl was die Art als auch was die möglichen Folgen des Verstoßes angeht, um einen mittelschweren Fall innerhalb der unionsrechtlich vorgegebenen Bandbreite von 5% bis 15%, der die Anwendung des mittleren Prozentsatzes von 10% rechtfertigt.

(2) Soweit im streitgegenständlichen Fahrzeug darüber hinaus ein Thermofenster zum Einsatz kommt, kann dahinstehen, ob dieses in seiner konkreten Ausgestaltung, die zwischen den Parteien im Streit steht, eine unzulässige Abschalteneinrichtung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 darstellt. Denn auch wenn das Thermofenster so ausgestaltet wäre, dass die Abgasrückführung reduziert wird, würde die bereits wegen der oben festgestellten Abschalteneinrichtung bestehende Gefahr von Betriebsbeschränkungen durch ein solches Thermofenster nach der freien Überzeugung des Senats nicht weiter erhöht. Der Differenzschaden wäre deshalb auch in diesem Fall nicht höher als mit den bereits veranschlagten 10% des Kaufpreises zu bemessen.

(3) Soweit im streitgegenständlichen Fahrzeug darüber hinaus eine Fahrkurvenerkennung zum Einsatz kam, wurde dies mit Update vom 08.06.2017 entfernt.

cc) Auf den Differenzschaden sind im Wege der Vorteilsausgleichung die Nutzungsvorteile und der Restwert des Fahrzeugs nach den Grundsätzen für die Berechnung des sogenannten kleinen Schadensersatzanspruchs anzurechnen (vgl. BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21, BGHZ 237, 245 Rn 80). Danach sind Nutzungsvorteile und der Restwert des Fahrzeugs auf den Schadensersatzanspruch erst dann und nur insoweit

schadensmindernd anzurechnen, als sie den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags übersteigen (BGH, Urteil vom 24. Januar 2022 - VIa ZR 100/21, NJW-RR 2022, 1033 Rn. 22).

- (1) Die Nutzungsentschädigung kann im Wege der Schätzung gemäß § 287 ZPO ermittelt werden, indem der gezahlte Bruttokaufpreis für das Fahrzeug durch die voraussichtliche Restlaufleistung im Erwerbszeitpunkt geteilt und dieser Wert mit den gefahrenen Kilometern multipliziert wird (vgl. BGH, Urteil vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19, BGHZ 225, 316 Rn. 80). Der Senat legt diese lineare Berechnungsmethode seiner Schätzung in ständiger Rechtsprechung zugrunde. Die Ausführungen der Beklagten geben keine Veranlassung, von dieser gebräuchlichen Berechnungsmethode abzuweichen. Die Gesamtlaufleistung des streitgegenständlichen Fahrzeugs mit 2,0-Liter-Motor veranschlagt der Senat mit 250.000 km (Senat, Urteil vom 12. März 2024 – 8 U 397/22 –, juris Rn. 53).

Im Streitfall hat die Klagepartei das Fahrzeug mit einem Kilometerstand von 57 km zu einem Bruttokaufpreis von 68.800 € erworben. Nach der vom Senat herangezogenen Berechnungsmethode ergibt sich damit eine Nutzungsentschädigung von 35.239,69 € (= 68.800 € geteilt durch 249.943 km mal 128.022 km).

- (2) Den Restwert des Fahrzeugs veranschlagt der Senat gemäß § 287 ZPO mit 32.807,70 €. Der Senat legt seiner Schätzung die von der Beklagten vorgelegte DAT-Bewertung zum 19.03.2025 (Anlage BE 20) zugrunde, die einen Händlerverkaufswert von 36.453 € ausweist, und nimmt hiervon einen Abschlag in Höhe von 10 % vor. Der vorgenommene Abschlag ist deshalb gerechtfertigt, weil der Händlerverkaufswert die Gewinnspanne des Händlers beinhaltet sowie die kalkulierten Kosten der von ihm geschuldeten Gewährleistung und deshalb regelmäßig über dem von einem nicht gewerblichen Verkäufer erzielbaren Kaufpreis liegt (Senat, Urteil vom 12. März 2024 - 8 U 397/22 -, juris Rn. 55).

- (3) Den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Erwerbs durch die Klagepartei veranschlagt der Senat gemäß § 287 ZPO mit der Differenz aus dem von der Klagepartei gezahlten Kaufpreis und dem o.g. Differenzschaden, die sich auf 61.920 € beläuft.

- (4) Daraus ergibt sich, dass die Summe aus den von der Klagepartei erlangten Nutzungs-



vorteilen den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Erwerbs in Höhe von 6.127,39 übersteigt. Nach Abzug dieses Betrags von dem Differenzschaden ergibt sich der zugesprochene Betrag.

3. Der Zinsanspruch ergibt sich aus §§ 288, 291 ZPO.

Da der Streitgegenstand beim großen Schadensersatz und beim Differenzschaden bei unverändertem Lebenssachverhalt identisch ist, kann die Klagepartei Rechtshängigkeitszinsen aus dem in der Hauptsache zugesprochenen Betrag, der den mit der Klageerhebung geltend gemachten Betrag nicht übersteigt, ab dem auf die Zustellung der Klage folgenden Tag (wie beantragt: „ab Rechtshängigkeit“) und nicht erst ab dem auf die Zustellung der Klageänderung folgenden Tag beanspruchen.

4. Auf der Grundlage des § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV kann neben dem Anspruch auf Ersatz des Differenzschadens eine Erstattung vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten nicht verlangt werden (BGH, Urteil vom 16. Oktober 2023 - VIa ZR 14/22 -, juris Rn. 13). Die Voraussetzungen eines Anspruchs aus § 280 Abs. 1 und 2, § 286 BGB sind weder dargetan noch ersichtlich.


5. Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 92 Abs. 2, 97 Abs. 1 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf §§ 708 Nr. 10, 713 ZPO.

Die Revision ist nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen des § 543 Abs. 2 ZPO nicht vorliegen.

Dr. Schütter  
Richter am Oberlandesgericht

Verkündet am  
12.05.2025

  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle